

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

„Prävention braucht Wissenschaft“ ist eine naheliegende Erkenntnis, will sie doch zum Ausdruck bringen, dass präventives Handeln einer rationalen Begründung und Planung folgen soll: Sachgemäße Entscheidungen auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, sei es zur Einschätzung der Problemursachen oder bei der Auswahl angemessener Lösungsansätze.

Das DFK hat von Anbeginn 2001 mit wissenschaftlichen Experten zusammengearbeitet, um Impulse für die Prävention in Deutschland geben zu können. 15 Jahre später trat eine Gruppe junger Wissenschaftler unterschiedlicher Professionen mit dem Label „Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)“ zunächst als zeitlich befristete Arbeitsstelle (Projektstatus bis Mitte 2020) hinzu, sodass Forschung und Wissenstransfer unter einem Dach angeboten werden können.

Andreas Armbrorst berichtet im ersten Artikel über die bisherige Arbeit des NZK und die beachtlichen Ergebnisse. Daran anschließend geht es im nächsten Beitrag um die Frage der Verstetigung des bisher Erreichten. Trotz guter Gründe für Fortbestand und weiteren Ausbau von DFK und NZK gibt es Irritationen und Ungewissheit in der Zukunftsplanung, auf die hingewiesen wird.

Beispielhaft für die systematische Bündelung bereits vorhandener Evaluationsergebnisse in Übersichtsarbeiten – ein NZK-Arbeitsschwerpunkt – berichten Thaya Vester und Marcus Kober über die Effekte von Ansätzen zur Gewaltprävention im Fußballsport.

Rita Haverkamp schildert die Forschungsvorhaben der DFK-Stiftungsprofessur, die zumeist in Verbundprojekten durchgeführt werden.

Christine Liermann gibt sodann einen Blick über den Verlauf des wissenschaftlich begleiteten Projektes „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention (E&G)“ beim DFK.

Das von Sarah Ulrich vorgestellte Outcome Reporting zeigt, dass Wirkungstendenzen bei Präventions- und Bildungsprogrammen mit überschaubarem Aufwand festgestellt werden können.

Mit den vorgenannten Beiträgen wird gezeigt, wie Prävention von Wissenschaft profitieren kann. Dennoch wird mancherorts eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die Verwertungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen vorgetragen, die ernst genommen und konstruktiv diskutiert werden sollte.

Ein aktuelles Phänomen und Problem ist populistische Kritik gegenüber wissenschaftlicher Expertise. Das Selbstverständnis wissenschaftlicher Arbeit wird von Populisten infrage gestellt. Hinterfragt wird, ob die Wissenschaft tatsächlich ganz allein die Fakten kenne, auf die es ankomme und bei deren Feststellung die Gesellschaft kein Mitspracherecht habe. Populisten verwenden das Label „Experte“ als einen diffusen Kampfbegriff gegen ein Establishment, das illegitim in die politische Willensbildung eingreife. Fakten werden vorschnell als „fake news“ disqualifiziert oder mit „alternativen Fakten“ konfrontiert.

Als Reaktion auf die populistische Wissenschaftskritik haben im April 2017 hunderttausende Menschen weltweit für Freiheit und Wahrheit als zentrale Werte der Wissenschaft demonstriert: „Science produces facts“ und „There is no alternative to facts“ waren die vereinfachenden Gegenbotschaften.

Genauer genommen ist moderne Forschung pluralistisch und erzeugt keine Gewissheiten: „Was Wissenschaft vorführt, sind nicht alternative Fakten, sondern alternative Aussagen über jene Fakten, die Wissenschaft stets nur durch die Brille ihrer Theorien, Methoden und Verfahren sehen kann. [...] Kluge Wissenschaft wird jedenfalls Fragen nach ihrer Praxistauglichkeit, nach ihrer Verwertbarkeit und ihrer gesellschaftlichen Relevanz offensiver formulieren müssen“, erklärte der Soziologe Armin Nassehi 2017 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Die Auseinandersetzung um die Rolle des Expertenwissens in der Demokratie ist also von grundsätzlicher Natur und sollte nicht nur als populistischer Angriff interpretiert werden. Demokratie ist geradezu gekennzeichnet durch das Spannungsverhältnis zwischen Volk und Experten, Wahlentscheidung und Expertise, Mehrheit und Wahrheit. Demokratische Entscheidungen

sind vor diesem Hintergrund legitim, wenn sie sowohl dem Mehrheitswillen als auch dem Wissensstand der relevanten Experten entsprechen. Aber wie lässt sich das sicherstellen, wenn doch die Mehrheit bekanntlich irren kann, die Experten einander oft widersprechen und wenn ihre Expertisen zudem nicht immer mehrheitsfähig sind?

Die gegenwärtige liberale Demokratie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie auf die Kompetenzpluralität von Bürgern, Experten und gewählten Entscheidungs- und Amtsträgern angewiesen ist. Daraus folgt, dass die Wissenschaft in der Demokratie mit ihren expertisegestützten Ratschlägen zwar Autorität, nicht aber Handlungs- und Entscheidungsmacht für sich beanspruchen darf. Wenn am Ende politisch entschieden wird, dann gemäß weiterer für den Politikbetrieb maßgeblicher Erfolgsbedingungen, wie dem Austarieren von Macht- und Mehrheitschancen in komplexen und widersprüchlichen Interessenkonstellationen.

Um dennoch die relevanten Erkenntnisse aus der Wissenschaft angemessen in die demokratische Willensbildung einbeziehen zu können, bedarf es institutionalisierter Orte, wo von anerkannten Experten Handlungsempfehlungen formuliert und im Sinne transparenter Politikberatung weitergegeben werden. Damit kann auch dem Misstrauen vorgebeugt werden, Experten würden heimlich und unkontrolliert handeln.

DFK und NZK sind als solche Beratungsarrangements konzipiert und sollten in diesem Sinne besser genutzt werden.

Herzliche Grüße  
Wolfgang Kahl

